

ERHARD BUSEK • WALDEMAR HUMMER (HRSG.)

Der Europäische Konvent und sein Ergebnis - eine Europäische Verfassung

Ausgewählte Rechtsfragen samt Dokumentation

BÖHLAU VERLAG • WIEN • KÖLN • WEIMAR

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	11
---------	----

Heinrich Schneider

URSPRÜNGE UND VORLÄUFER DER GEGENWÄRTIGEN „VERFASSUNGSDISKUSSION“ IN DER EUROPÄISCHEN UNION

1. Vorbemerkung	15
2. Zur konzeptionellen Vorgeschichte der Integrationspolitik	15
3. Integrationspolitik als indirekte Verfassungspolitik	16
4. Verfassungspläne in der Ära der Europäischen Gemeinschaften	21
5. Neue Konzepte europäischer Verfassungspolitik	27
6. Zum Schluss: Ein Blick auf den Konvent	31

Waldemar Hummer

DIE EUROPÄISCHE UNION: VOM TEMPEL ZUR VERFASSUNG - „KONSTITUTIONALISIERUNG“ DER EU DURCH DEN „VERFASSUNGSVERTRAG“?

1. Einführung	33
2. Von der Europäischen Union (EU) als „Tempel“ zur EU als „Stele“	36
3. Der „Untergang“ von Euratom	37
4. Die „Auferstehung“ von Euratom	39
5. „Derivative“ Natur der Verbandsgewalt der (neuen) EU	40
6. „Strukturelle Kongruenz und Homogenität“ zwischen Staats- und Verbandsgewalt supranationaler Organisationen?	42
7. Vom „Prinzip der Gewaltenteilung“ im Staatsrecht zur „Funktionenordnung“ im Verbandsrecht der Europäischen Gemeinschaften	45
7.1. Staatsgewalt versus Verbandsgewalt bzw. „Gewaltenteilung“ versus „Funktionenordnung“	45
7.2. Die gründungsvertraglich angelegten rechtsstaatlichen „Surrogate“ der Verbandsgewalt	47
8. Die EU - „Staatenbund“ oder „Bundesstaat“? Die gegenwärtige Hybridform als „Staatenverbund“	48
8.1. In der Lehre	48
8.2. In der Judikatur	51
8.2.1 Das „Maastricht“-Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts (1993)	51
8.2.2 In der Judikatur des EuGH und des EuG	52
9. Schlussbetrachtungen	54

*Elisabeth Tichy-Fisslberger*ZWISCHENERGEBNISSE UND MÖGLICHE ENDERGEBNISSE DES KONVENTS ÜBER
DIE ZUKUNFT EUROPAS

1. Erste konkrete Zwischenergebnisse	57
1.1. Kompetenzen	58
1.2. Justiz und Inneres	59
2. Die Institutionen der Union	60
2.1. Der Europäische Rat	60
2.2. Der Rat	62
2.3 Die Kommission	64
2.4. Europäisches Parlament	65
2.5. Kongress	66
2.6. Allgemeine Wertung	66
3. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	66
4. Ausblick	69

*Christoph Grabenwarter*GRUNDRECHTSSCHUTZ IN DER UNION: VERANKERUNG DER
EU-GRUNDRECHTECHARTA UND BEITRITT ZUR EMRK

1. Einleitung	71
2. Die Ausgangslage	71
3. Die rechtliche Bedeutung der Grundrechtecharta — der Status quo	73
4. Die Integration der Charta in die Europäische Verfassung	74
4.1. Mögliche Optionen	74
4.1.1. Beibehaltung der Unverbindlichkeit	74
4.1.2. Verankerung in einer dem Art. 6 Abs. 2 EUV vergleichbaren Regelung	74
4.1.3. Inkorporation in den Verfassungsvertrag	75
4.2. Die Option des Konvents	75
4.2.1. Vom Konvent vorgeschlagene Anpassungen in den allgemeinen Bestimmungen	76
4.2.2. Anpassungen im Text der Charta?	76
5. Drei Fragen für die Zukunft	79
5.1. Das Verhältnis der Grundrechtsschichten zueinander	79
5.2. Weitere Anpassungsnotwendigkeiten zur Beseitigung von Divergenzen?	83
5.3. Wortwörtliche Wiederholung	83
5.4. Abweichungen im Text, aber Vorbildfunktion	84
5.5. Das Verhältnis zu den Grundfreiheiten	84
6. Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK	85
7. Schluss	88

Wolfram Karl

DER BEITRITT DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR EUROPÄISCHEN
MENSCHENRECHTSKONVENTION

1. Einleitung 89

2. Das Schutzsystem der EMRK 91

3. Zur Wünschbarkeit eines EMRK-Beitritts: Externe Kontrolle
in Menschenrechtsfragen 92

4. Zur Notwendigkeit eines Beitritts: Zwickmühle zwischen europarechtlichen und
völkerrechtlichen Pflichten 93

5. Besserer interner Grundrechtsschutz als Alternative? 95

6. Weitere Argumente für einen Beitritt und notwendige Klarstellungen 97

7. Noch einige technische Fragen 99

 7.1. Abschluss eines Beitrittsprotokolls durch die Europäische Union 99

 7.2. Die Präsenz der Europäischen Union im Gerichtshof für Menschenrechte 100

 7.3. Fragen der Passivlegitimation vor dem Gerichtshof für Menschenrechte 100

8. Schlussbemerkung 101

Walter Obwexer

EINE EINZIGE UNION: ZUSAMMENFÜHRUNG DER EUROPÄISCHEN UNION UND
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT IN EINEM VERFASSUNGSVERTRAG

1. Einführung 103

2. Ausgangslage 104

 2.1. Rechtsnatur der Europäischen Union 104

 2.2. Vertragliche Grundlagen der Europäischen Union 106

 2.3. Außenvertretung der Europäischen Gemeinschaft und (in) der Europäischen
 Union 109

3. Vorschläge zur Neuregelung im Rahmen des Verfassungsvertrages 110

 3.1. Vorschläge des Europäischen Parlaments 111

 3.2. Vorschläge der Kommission 111

 3.3. Vorschläge der Arbeitsgruppe Rechtspersönlichkeit 112

 3.3.1. Rechtspersönlichkeit der Union 112

 3.3.2. Vereinfachung der Verträge 112

 3.3.3. Auflösung der Säulenstruktur 112

 3.3.4. Verfahren zur Aushandlung und zum Abschluss von Abkommen 113

 3.4. Übernahme der Vorschläge in den Verfassungsvertrag 113

4. Die „neue“ Union als eigenständige und alleinige internationale Organisation 114

 4.1. Rechtspersönlichkeit 114

 4.2. Rechts- und Geschäftsfähigkeit 114

 4.3. Rechtsnachfolge gegenüber der Europäischen Union und der Europäischen
 Gemeinschaft 115

A3A. Eintritt in die internen Rechte und Pflichten	116
4.3.2. Eintritt in die externen Rechte und Pflichten	116
4.3.3. Übernahme des gesamten Vermögens sowie der Archive	116
4.3.4. Weitergeltung des sekundären EU-Rechtes	116
4.3.5. Maßgeblichkeit der Rechtsprechung des Gerichtshofes	117
4.4. Zuständigkeit für EMRK-Beitritt	117
4.5. Organe	118
5. Vereinfachung der Verträge	119
5.1. Abschluss eines einzigen Verfassungsvertrages	119
5.1.1. Aufbau und Gliederung	119
5.1.2. Praktische und rechtliche Fragen der Neuordnung des Primärrechts	121
5.2. Aufhebung der früheren Verträge	122
5.3. Verfahren zur Änderung des Verfassungsvertrages	123
5.4. Einbeziehung des Euratom-Vertrages	125
6. Außenvertretung	125
6.1. Abschluss völkerrechtlicher Übereinkünfte	125
6.1.1. Vertragsschlusskompetenz	125
6.1.2. Vertragsschlussverfahren	128
6.2. Beziehungen zu internationalen Organisationen und Drittländern	131
6.3. Delegationen der Union	132
7. Schlussbetrachtungen	133

Alfred Längle

ÜBERNAHME DER ERGEBNISSE DES „EU-ZUKUNFTSKONVENTS“ IN DIE REGIERUNGSKONFERENZ UND LÖSUNGSVARIANTEN FÜR ALLFÄLLIGE „RATIFIKATIONSUNFÄLLE“

1. Übernahme der Ergebnisse des „EU-Zukunftskonvents“ in die Regierungskonferenz	135
2. Lösungsvarianten für allfällige „Ratifikationsunfälle“	136
2.1. Problem	136
2.2. Lösungsvorschläge	137
2.2.1. Vorschlag der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung zur institutionellen Architektur „Für die Europäische Union — Frieden, Freiheit, Solidarität“	138
2.2.2. Verfassungsvertragsentwurf des Kommissionspräsidenten Romano Prodi	139
2.2.3. Artikel G aus dem Entwurf des Präsidiums des Konvents für Teil III: Allgemeine und Schlussbestimmungen des Verfassungsvertrages	140
2.2.4. Artikel 82 des Entwurfs des Europäischen Parlaments eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union vom 14. 2. 1984 (Spinelli-Entwurf)	142

2.2.5. Status der Mitgliedstaaten, die den Verfassungsvertrag nicht ratifizieren: Assoziation nach dem Modell des EWR	142
3. Beurteilung der vorgeschlagenen Lösungsvarianten aus völkerrechtlicher und europarechtlicher Sicht	143
4. Vorangehende Änderung von Artikel 48 EUV.	144
5. Könnte eine Vorgangsweise wie nach den negativen Referenda 1992 in Dänemark über den Vertrag von Maastricht bzw. 2001 in Irland über den Vertrag von Nizza eine Lösung bieten?	145

Andreas Maurer

SCHLIESST SICH DER KREIS? DER KONVENT, NATIONALE INTERESSEN UND DIE REGIERUNGSKONFERENZ	147
1. Über Thessaloniki nach 2004.	149
2. Mandat, Ziel und Zwischenbilanz	151
2.1. Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit in der EU.	152
2.2. Demokratie und Transparenz	163
2.3. Kompetenz, Sichtbarkeit und Verantwortlichkeit	182
3. Voraussetzungen der Regierungskonferenz	183
3.1. Überprüfung der Kohärenz	183
3.2. Einzelstaatliche Folgenabschätzung	184
3.3. Erschließung des Verhandlungspotenzials.	185
4. Nach der Verfassung: Die Rolle des Europäischen Rates.	186
4.1. Grundsätzliche Fragen zum Europäischen Rat	187
4.1.1. Bisherige Stellung des Europäischen Rates.	187
4.1.2. Die Stellung des Europäischen Rates	189
4.2. Zur Rolle des europäischen Ratsvorsitzenden	191
4.3. Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Rates in der Gesetzgebung	195
4.4. Konsequenzen für die weitere Beratung in der Regierungskonferenz.	195
4.4.1. Demokratische Kontrolle.	196
4.4.2. Handlungsfähigkeit im Europäischen Rat	196
5. Perspektiven der Regierungskonferenz.	196

ANHANG

Entwurf: Vertrag über eine Verfassung Europas.	199
Abkürzungsverzeichnis	377
Autorenverzeichnis.	381